
Der Trust ■ The Trust

in Liechtenstein

MARXER & PARTNER

RECHTSANWÄLTE

Sonderdruck
10. Kapitel: Der Trust
aus Marxer & Partner [Hrsg.]
Liechtensteinisches Wirtschaftsrecht
Wien: Manz, 2021.
ISBN 978-3-214-02575-5

[Stand der Bearbeitung: 01. Jänner 2021]



Offprint
Chapter 10: The trust
from Marxer & Partner [Ed.]
Liechtenstein Business Law
Vienna: Manz, 2022.
ISBN 978-3-214-02579-3

[Up-to-date as of 01 January 2021]

Übersicht

	Rz
I. Begriff und Rechtsnatur	10.1
II. Errichtung eines Trusts	10.5
A. Trust Deed	10.5
B. Eintragung oder Hinterlegung	10.11
III. Beteiligte des Trusts	10.14
A. Settlor/Treugeber	10.14
B. Trustee/Treuhänder	10.17
C. Beneficiaries/Begünstigte	10.26
IV. Trustvermögen und Asset Protection	10.29
A. Umfang	10.29
B. Gläubigerzugriff auf das Trustvermögen – Asset Protection	10.31
1. Gläubiger des Trustees	10.31
2. Gläubiger des Settlors	10.32
3. Gläubiger des Begünstigten	10.33
4. Gläubiger des Trustvermögens	10.34
II. Trustaufsicht	10.35
III. Beendigung des Trusts	10.38
IV. Internationales Trustrecht	10.43

10. Kapitel

Der Trust (Die Treuhänderschaft)

I. Begriff und Rechtsnatur

- 10.1** Die **Treuhänderschaft**, in der Regel als "Trust" bezeichnet, ist in Art 897–932 PGR geregelt. Ein Trust liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person (Settlor) dem Treuhänder (Trustee) ein Vermögen (Trustvermögen, Treugut, trust res) mit der Abrede zuwendet, dass der Trustee das Treugut nach der vom Settlor aufgestellten **Treusatzung** (Trust Deed) im eigenen Namen als selbständiger Rechtsträger für einen oder mehrere Dritte (Begünstigte, Beneficiaries) mit Wirkung gegen jedermann verwalten oder verwenden soll (Art 897 PGR). Der Trust ist – im Gegensatz zum Treuunternehmen (Trust reg.) gem Art 932a PGR – keine juristische Person. Der Trust findet bisweilen anstelle der Stiftung für die Verwaltung von Vermögen im Interesse der Familienmitglieder Verwendung (**Express Family Trust**), vor allem für Personen des angloamerikanischen Rechtskreises, die mit dem Institut des Trusts eher als mit einer Stiftung vertraut sind. Aber auch über diesen Personenkreis hinaus wird der Trust als Instrument des International Estate Planning immer wichtiger.
- 10.2** Liechtenstein war im Jahr 1926 das erste und bis 2005
- 10.3** ¹⁷⁸ das einzige kontinentaleuropäische Land, welches den angloamerikanischen Trust umfassend positivrechtlich geregelt hat. Die liechtensteinische Treuhänderschaft ist, wie der OGH ausführte, keine ausschließliche Rezeption des angloamerikanischen Trusts, sondern beinhaltet auch deutschrechtliche Elemente.¹⁷⁹ Nichtsdestotrotz kann jedoch für die Auslegung der treuhandrechtlichen Bestimmungen des PGR englische und amerikanische Literatur und Judikatur herangezogen werden. Der Trust des liechtensteinischen Rechts unterscheidet sich deutlich von den fiduziarischen Treuhandverhältnissen, die in Ländern des römischen Rechtskreises vorkommen, weil

¹⁷⁸ San Marino hat seit 2005 auch ein kodifiziertes Trustrecht.

¹⁷⁹ OGH U 6.7.2000, 5 C 303/98-53 LES 2000, 148.

letztere auf Auftrags- und Stellvertretungsrecht beruhen und somit rein schuldrechtliche Konstruktionen sind. Der liechtensteinische Trust gewährt hingegen ein "dingliches Verwaltungsrecht" (Art 910 Abs 3 PGR) mit schuld- und sachenrechtlichen Komponenten und ist somit – genau wie der angelsächsische Trust – ein Institut sui generis.

- 10.4** Gem Art 910 Abs 5 PGR ist das **Treuunternehmensrecht** (Art 932a §§ 1–170 PGR) auf Trusts ergänzend anwendbar. Weiters hat nach Art 926 Abs 1 PGR bezüglich des Rechtsverhältnisses zwischen Treugeber und Treuhänder eine subsidiäre¹⁸⁰ Anwendung des Auftragsrechts zu erfolgen. Schließlich finden die **Vorschriften** über die Änderung der Organisation und des Zwecks **bei Familienstiftungen** (vgl Rz 9.13) auf Familientreuhänderschaften entsprechende Anwendung.
- 10.5** Das Treuhandrecht stammt, wie ausgeführt, aus den 1920er-Jahren und wurde seither erst einmal, nämlich 1980, einer kleinen Teilnovelle unterzogen. Seit der Publikation der letzten Auflage dieses Buches mit Stand 1.10.2009 hat es im Bereich des Trustrechts nur wenige kleinere Gesetzesanpassungen gegeben.

II. Errichtung eines Trusts

A. Trust Deed

- 10.6** Eine Treuhänderschaft (Trust) wird gem Art 899 PGR durch eine schriftliche Vereinbarung (Treuurkunde, **Trust Deed**, Settlement) zwischen dem Settlor und dem Trustee, durch einseitige schriftliche Erklärung des Settlors, welcher eine schriftliche Annahmeerklärung des Trustees folgen muss, oder durch letztwillige Verfügung errichtet.¹⁸¹ Ebenso erforderlich ist die

¹⁸⁰ Sofern sich aus den Bestimmungen über den Trust (Art 897 – 932 PGR) einschließlich der ergänzend anwendbaren Bestimmungen über das Treuunternehmen (Art 932a §§ 1 – 170 PGR) oder aus dem besonderen Zweck des Trusts Abweichungen nicht ergeben oder nicht die Vorschriften eines anderen in Art 926 Abs 1 PGR genannten Rechtsverhältnisses ergänzend anzuwenden sind.

¹⁸¹ In der Praxis kommt auch die allgemein als zulässig erachtete Errichtung eines Trusts durch den Treuhänder selbst im Wege einer sog "Declaration of Self as Trustee" oder "Declaration of Trust" vor, bei der ein Treuhänder

Übertragung des Trustvermögens auf den Trustee. In allen diesen Fällen ist der Trust ausdrücklich als solcher (oder als "Treuhandverhältnis" oder als "Treuhänderschaft") zu bezeichnen (Express Trust). Die Übertragung der Vermögenswerte auf den Trustee hat gem den allgemeinen sachenrechtlichen Vorschriften zu erfolgen.

- 10.7** Der Trust Deed bedarf immer der Schriftform. Er ist gem Art 910 PGR für die Auslegung des Trusts zwischen Settlor, Trustee und Begünstigten primär maßgebend. Subsidiär gelten die gesetzlichen Vorschriften. Die **Gestaltung des Trust Deeds** kann somit den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden und lässt dem Willen des Settlors, abgesehen von einigen Formvorschriften, weitgehenden Spielraum. Der Trust Deed kann in einer Fremdsprache abgefasst sein, sofern der Trustee dieser mächtig ist. In der Praxis werden die meisten Trust Deeds in englischer Sprache verfasst.
- 10.8** Der Trust Deed enthält im Allgemeinen Angaben zum Namen des Settlors, zum Namen und Wohnsitz/Sitz des Trustees, zur Bezeichnung des Trusts und zum Errichtungsdatum und der Dauer des Trusts. Weiters wird das Trustvermögen individualisiert sowie die Stellung und die Befugnisse des Settlors und des Trustees umschrieben. Zudem wird die **Begünstigtenregelung** vorgenommen, wobei oft im Trust Deed selbst lediglich auf einen Anhang (in der Regel als "Schedule" bezeichnet) verwiesen wird, in welchem die namentliche Bezeichnung der Begünstigten oder des Begünstigtenkreises erfolgt. Schließlich finden sich im Trust Deed Vorschriften über die Abänderung bzw Aufhebung des Trusts sowie Regeln über die Vermögensanlage.
- 10.9** Zentral ist, genau wie im angloamerikanischen Recht, die Festlegung der "Three Certainties"¹⁸²: Aus dem Trust Deed müssen
- die Absicht, einen Trust zu errichten (Certainty of Intention),
 - das Treugut (Certainty of Subject) und

sich selbst zum Treuhänder über ein bestimmtes Treugut und unter bestimmten treuhänderischen Pflichten erklärt, die in der Errichtungsurkunde so wie bei einer zweiseitigen Errichtung des Trusts festgeschrieben werden.

¹⁸² OGH U 8.1.1987, 4 C 322/84-40 LES 1989, 3.

- die Begünstigten bzw der Zweck bei Purpose Trusts (Certainty of Object) eindeutig hervorgehen.

Anders als die meisten Trustrechte des angloamerikanischen Rechtskreises kennt das liechtensteinische Recht kein Verbot für die Ansammlung der Erträge (**Accumulation**) und auch nicht die "**Rule Against Perpetuities**", sodass in Liechtenstein eine Trusterrichtung auf Dauer möglich ist. Statt der Namhaftmachung von Begünstigten oder eines Begünstigtenkreises ist auch die Errichtung einer Zwecktreuhänderschaft, auch "**Purpose Trust**" genannt, zulässig (Hinweise ua in Art 927 Abs 7, 932a §§ 11 Abs 1, 79 Abs 1, 80 Abs 1 PGR). Diese Art von Trust hat keine Begünstigten, sondern dient lediglich der Verwirklichung eines bestimmten Zwecks. Die wichtigste Art eines Purpose Trust ist der **Charitable Trust**, der gemeinnützige Aufgaben im Sinne des Art 107 Abs 4a PGR verfolgt.

- 10.10** Hat sich der Settlor kein Widerrufsrecht vorbehalten, so ist das Treuhandgeschäft gem Art 907 Abs 2 PGR unwiderruflich und kann vom Settlor oder gegebenenfalls von Dritten lediglich nach den Vorschriften über Willensmängel beim Vertragsabschluss (§§ 869 ff ABGB) sowie nach den Normen des Erbrechts (§ 785 ABGB und ausländisches Erbrecht gem Art 29 IPRG), des Schenkungsrechts (Art 65 RSO, uU §§ 947 ff ABGB und ausländisches Recht gem Art 41 IPRG) und des Anfechtungsrechts (Art 64 ff RSO, IPR-Bestimmungen in Art 75 RSO) bekämpft werden.
- 10.11** Im Trust Deed kann die Abänderlichkeit desselben vorgesehen werden. Es ist ratsam, gleichzeitig festzusetzen, wem die Berechtigung hierfür zukommt. Oft wird für die Ausübung dieser Befugnis die Zustimmung eines **Protektors** stipuliert. Selbst wenn der Trust Deed keine Bestimmungen über die Abänderbarkeit aufstellt oder sogar ausdrücklich die Unabänderlichkeit der Treuerrkunde normiert, kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen das Landgericht gem Art 910 Abs 4 iVm 552 §§ 33 ff PGR von Amts wegen oder auf Antrag eines Beteiligten eine Änderung vornehmen. Dies ist etwa möglich, wenn der Zweck, zu dem der Trust errichtet wurde, unerreichbar oder vernunftwidrig geworden ist und der Trust Deed kein anderes Organ mit der Abänderung betraut hat. Inhalte des Trust Deeds, die nicht den Trustzweck betreffen, können vom

Landgericht abgeändert werden, wenn dies zur Sicherung des Fortbestands des Trusts und des Trustvermögens zweckmäßig ist und kein anderes Organ für die Änderung zuständig ist.

B. Eintragung oder Hinterlegung

- 10.12** Der Trust entsteht mit seiner Begründung. Wird der Trust auf eine Dauer von mehr als zwölf Monaten errichtet, ist er gem Art 900 ff PGR binnen zwölf Monaten nach seiner Begründung entweder zur **Eintragung im Handelsregister** anzumelden oder aber der Trust Deed beim Amt für Justiz **zu hinterlegen**. Es ist zweckmäßig, bereits im Trust Deed zu bestimmen, ob der Trust zur Eintragung angemeldet oder lediglich hinterlegt werden soll.
- 10.13** Die Anmeldung zur Eintragung des Trusts in das Handelsregister hat die Bezeichnung des Trusts (zB "The Sunshine Trust"), das Datum der Errichtung und die Dauer, für die der Trust errichtet ist, ferner Vor- und Familienname, Staatsangehörigkeit und Wohnort/inländischer Kanzleisitz bzw (bei juristischen Personen) Firma und Sitz des/der Trustees zu enthalten (Art 900 PGR iVm Art 100 HRV). Jede Änderung dieser Tatsachen ist ebenfalls einzutragen. Nach erfolgter Eintragung kann jedermann gem Art 954 PGR beim Amt für Justiz einen Auszug aus dem Handelsregister mit den oben genannten Angaben erhalten. Aus ihm gehen weder Treugeber noch Begünstigte hervor.
- 10.14** Die Verpflichtung zur Registereintragung eines Trusts entfällt laut Art 902 PGR, wenn eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Trust Deeds binnen zwölf Monaten seit Begründung des Trusts beim Amt für Justiz hinterlegt wird. Ebenso zu hinterlegen sind Änderungen am Trust Deed. Die hinterlegten Dokumente sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Gem Art 100a Handelsregisterverordnung (HRV) dürfen an Dritte über einen hinterlegten Trust mit Ausnahme der Bekanntgabe der bloßen Existenz keinerlei Informationen erteilt werden. Möglich ist hingegen die Bekanntgabe des Repräsentanten bzw Zustellungsbevollmächtigten an inländische Strafverfolgungsbehörden, die Stabsstelle FIU und die Liechtensteinische Finanzmarktaufsicht sowie die Weitergabe von Informationen an die liechtensteinische Steuerverwaltung.

III. Beteiligte des Trusts

A. Settlor/Treugeber

- 10.15** Der **Settlor** (Treugeber, Trustor) erklärt, einem von ihm bezeichneten Trustee beliebige Teile seines Vermögens zu den im Trust Deed genannten Bedingungen zu übertragen. Er kann vor allem im Trust Deed bestimmen, dass das Treugut unter gewissen Bedingungen oder nach einer gewissen Zeit an ihn zurückfallen oder an seine Rechtsnachfolger bzw an Dritte anfallen soll (Art 917 Abs 1 PGR). Der Vorbehalt des Rücktritts vom Treuhandvertrag oder eines Widerrufs durch den Settlor ist nur zulässig, wenn er ausdrücklich im Trust Deed enthalten ist (Art 907 Abs 1 PGR). Mit der Annahme des Trusts durch den Trustee sind Settlor und Trustee an diese Bestimmungen gebunden. Der Settlor ist verpflichtet, dem Trustee das stipulierte Trustvermögen zur Verfügung zu stellen (Art 918 Abs 3 und Art 919 Abs 1 PGR). Dem Settlor ist es nach der zwingenden Rechtsvorschrift des Art 918 Abs 1 PGR untersagt, Bestimmungen aufzustellen, die den Trustee an fortlaufende Weisungen des Settlors binden, da ansonsten kein Trust, sondern ein gewöhnlicher Auftrag (§§ 1002 ff ABGB) oder ein anderes Rechtsverhältnis zB ein Arbeitsvertrag (§ 1173a ABGB) vorliegt.
- 10.16** Durchaus möglich ist jedoch die Verfassung eines sog "**Letter of Wishes**" durch den Settlor. Hierbei handelt es sich um kein Trustdokument, sondern lediglich um eine Absichtserklärung, die präzisierende Hinweise zum Willen des Settlors enthält und somit das Ermessen des Trustees leiten will. Dem Letter of Wishes kommt keine verbindliche Wirkung zu, der Trustee kann ihn aber zur Auslegung des Willens des Settlors beachten. Nach stRsp des OGH fällt ein Letter of Wishes in den Bereich der Privat- und Geheimnissphäre und damit einen rechtlich geschützten Persönlichkeitsbereich des Trusts, hinter den das Informationsinteresse von Begünstigten im Regelfall zurücktreten muss.¹⁸³
- 10.17** Unter den Voraussetzungen des Art 923 Abs 2 PGR hat der Settlor schließlich einen Auskunfts- und Rechnungslegungsanspruch gegenüber dem Trustee. Der Tod des Settlors oder sein

¹⁸³ OGH B 6.4.2018, 09 CG.2016.353, LES 2018, 125 mwN.

Konkurs heben das Treuhandverhältnis nicht auf, wenn sich aus dem Trust Deed nichts anderes ergibt (Art 907 Abs 4 PGR).

B. Trustee/Treuhänder

- 10.18** Der Settlor kann eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen zu **Trustees** bestellen. Dies können, unabhängig von deren Sitz oder Wohnsitz, In- oder Ausländer sein. Laut Art 905 PGR muss jedoch ein Repräsentant gem Art 239 PGR bestellt werden, wenn kein Trustee seinen Wohnsitz oder Sitz in Liechtenstein hat.¹⁸⁴ Erfolgt die Bestellung im Trust Deed, nimmt der Trustee sein Amt durch Unterzeichnung des Deeds an. Ansonsten ist eine schriftliche Annahmeerklärung erforderlich.
- 10.19** Bei Nichtannahme des Amts oder Wegfallen des Trustees kann das Landgericht gem Art 904 PGR im Außerstreitverfahren nach Anhörung der Beteiligten einen gerichtlichen Trustee bestellen, sofern der Trust Deed für diesen Fall keine Vorkehrungen zB Benennung eines Ersatztrustees trifft. Mehrere Trustees (Mittreuhänder, Co-Trustees) handeln mangels anderer Anordnung im Trust Deed gem Art 922 Abs 3 PGR prinzipiell gemeinsam (kollektiv) und sind gem Art 911 Abs 4 PGR zur gesamten Hand am Trustvermögen berechtigt (Gesamteigentum nach Art 31 ff SR). Soweit es nicht auf die persönliche Erfüllung von Trustspflichten ankommt, kann der Trustee alle Verwaltungshandlungen durch Dritte vornehmen lassen.
- 10.20** Der Trustee verwaltet und verwendet das Trustvermögen im eigenen Namen als selbständiger Rechtsträger gegenüber jedermann. Dies erfolgt zugunsten eines oder mehrerer Begünstigter, zu denen auch der Settlor, aber nicht ausschließlich der Trustee gehören können. Dem Trustee als selbständigem Rechtsträger kommt gem Art 919 Abs 3 PGR ein dingliches Vollrecht am Treugut zu: Er ist somit Eigentümer¹⁸⁵ der eingebrachten Sachen und kann sämtliche damit verbundenen Rechte im eigenen Namen geltend machen. Nur im

¹⁸⁴ Diese Bestimmung, welche mit LGBl 2016/402 eingeführt wurde, ersetzt das bis dahin geltende Erfordernis eines inländischen Trustees (Art 905 PGR idF LGBl 1980/39).

¹⁸⁵ Anders OGH U 4.11.2011, 1 CG.2010.181 LES 2012, 22, wo das Treugut als Sondervermögen eingestuft wird, an dem der Treuhänder zwar ein Verwaltungs- und Verfügungsrecht, nicht aber Eigentum erwirbt.

Innenverhältnis wird seine Stellung durch den Trust Deed an den Willen des Settlers gebunden: Der Trustee "kann" also rechtlich mehr, als er "darf".

- 10.21** Die Verwaltung und Verwendung des Trustvermögens hat gem Art 922 ff PGR mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns unter genauer Beachtung des Trust Deeds zu erfolgen. Bewegen sich die Entscheidungen des Trustees hinsichtlich des Trustvermögens im Rahmen des Handlungsspielraums des Trust Deeds auf einer angemessenen Informationsgrundlage, frei von Interessenkonflikten und im guten Glauben, dass seine Entscheidung im besten Interesse des zu verwaltenden Vermögens ist, dann handelt der Trustee konform mit seinen Verpflichtungen.¹⁸⁶ Der Trustee hat gem Art 923 Abs 1 PGR ein **Vermögensverzeichnis** nach Maßgabe von Art 1045 Abs 3 PGR¹⁸⁷ anzulegen und alljährlich zu aktualisieren.¹⁸⁸ Der Trustee hat dafür Sorge zu tragen, dass die Aufzeichnungen und Belege innert angemessener Frist am inländischen Sitz zur Verfügung stehen.¹⁸⁹ Zudem ist er gegenüber einer allfällig eingerichteten Revisionsstelle, ansonsten gegenüber dem Settlor oder den anspruchsberechtigten Begünstigten, unter Umständen auch gegenüber dem Landgericht auskunfts- und rechnungslegungspflichtig, sofern der Trust Deed keine andere Regelung enthält (Art 923 Abs 2 PGR). Ist der Trustee über die Zulässigkeit oder Angemessenheit einer Verwaltungshandlung im Zweifel oder weigert sich ein Co-Trustee zur Mitwirkung, so muss er sich, soweit nötig, an das Landgericht zwecks Einholung einer bindenden Weisung wenden (Art 919 Abs 6 PGR). Dies kommt in der Praxis sehr selten vor.

¹⁸⁶ OGH B 14.6.2007, 10 HG.2003.17 LES 2008, 82, wo der OGH die Business Judgement Rule auf einen Trust angewendet hat.

¹⁸⁷ Diese Bestimmung normiert eine nach dem Vorbild von Art 552 § 26 PGR angepasste Buchführungspflicht. Die Buchführung ist dabei den Vermögensverhältnissen des Trusts anzupassen. Dabei sind die Grundsätze einer ordentlichen Buchführung zu berücksichtigen und aus den Aufzeichnungen müssen der Geschäftsverlauf und die Entwicklung des Vermögens nachvollziehbar sein (BuA 2011/134).

¹⁸⁸ Seit Anwendbarkeit von LGBl 2012/124 auf Geschäftsjahre ab 01.01.2014 ist die Bestimmung des Art 923 Abs 1 PGR zwingendes Recht, weshalb Art 923 Abs 5 PGR im Rahmen dieser Novelle aufgehoben wurde.

¹⁸⁹ Auf die Führung und Aufbewahrung von Aufzeichnungen von Belegen ist Art 1059 PGR entsprechend anzuwenden.

- 10.22** Der Trustee hat gem Art 920 PGR Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für seine Dienste (Treulohn) sowie auf Ersatz aller notwendigen Auslagen. Weiters sind ihm die auf Grund seiner Tätigkeit als Trustee erwachsenen Schäden zu ersetzen und ist er von den im Interesse des Trustvermögens eingegangenen Verbindlichkeiten zu befreien. Andere Vorteile darf der Trustee mangels abweichender Anordnung nicht aus dem Trust ziehen (Art 925 Abs 1 PGR). Die Ansprüche des Trustees richten sich in erster Linie gegen den Settlor und dann gegen die Begünstigten, können sich aber auch unmittelbar gegen das Trustvermögen selbst wenden, was die Regel ist (Art 920 Abs 4 PGR). Art 925 Abs 2 PGR normiert ein Verbot von Inschlaggeschäften des Trustees über die ordentliche Verwaltung hinaus.
- 10.23** Verletzt der Trustee seine Pflichten (**Treuhandbruch**, Breach of Trust) haftet er gem Art 924 PGR dem Settlor und, sofern ein solcher nicht mehr vorhanden ist, den Begünstigten persönlich und mit seinem ganzen Vermögen. Es handelt sich um eine vertragliche Haftung, wodurch etwa die Beweislastumkehr des § 1298 ABGB Platz greift. Co-Trustees haften mangels anderer Anordnung im Trust Deed solidarisch und ebenfalls unbeschränkt, wenn sie ihrer Überwachungspflicht gegenüber den Mitreuhändern nicht ordnungsgemäß nachgekommen sind.
- 10.24** Dem Trustee kommt gem Art 908 PGR das Recht zur Kündigung zu, wobei er mangels anderer Anordnung verpflichtet ist, sein Amt mindestens während eines Verwaltungsjahrs auszuüben. Ist nichts Näheres bestimmt, darf der Trustee nur auf Jahresende kündigen, wobei er in der Regel eine dreimonatige Kündigungsfrist einzuhalten hat. In bestimmten wichtigen Fällen zB bei grober Pflichtverletzung kann das Landgericht den Trustee auf Grund der Anzeige eines Co-Trustees bzw eines Begünstigten oder von Amts wegen und nach Anhörung der Beteiligten seines Amtes entheben (Art 929 Abs 3 PGR) und, sofern erforderlich, einen Ersatztrustee bestellen. Durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Trustees scheidet dieser nicht automatisch aus seinem Amt aus, sofern nicht das Trustvermögen gefährdet erscheint und der Richter deswegen die Absetzung des Trustees anordnet (Art 909 PGR).

- 10.25** Bei Ausscheiden eines Trustees erfolgt die Bestellung des neuen Trustees grundsätzlich nach den Bestimmungen des Trust Deeds, wobei vielfach die Ernennung entweder durch den Settlor oder durch die anderen Co-Trustees (**Kooptation**) vorgesehen wird. Sind keine Vorkehrungen für die Ersatzbestellung getroffen worden, kann die Bestellung gem Art 904 PGR auf Antrag von Beteiligten durch das Landgericht erfolgen.
- 10.26** Zur Unterstützung des oder der Trustees kann der Settlor zusätzlich einen **Protector** einsetzen, der nach dem Willen des Settlor den Trustee berät oder auch das Ermessen des Trustees einschränkt, so zB durch das Erfordernis der Zustimmung zur geplanten Ausübung von bestimmten Befugnissen durch den Trustee.

C. Beneficiaries/Begünstigte

- 10.27** Außer im Fall eines Purpose Trusts bezeichnet der Settlor im Trust Deed oder in einem Anhang dazu (meist mit "Schedule" bezeichnet) die **Begünstigten** bzw Beneficiaries, in deren Interesse das Trustvermögen zu verwenden ist (Art 917 und 927 PGR). Der Settlor kann selbst Begünstigter sein, ebenso der Trustee, letzterer jedoch nicht Alleinbegünstigter (Art 927 Abs 6 PGR). Sind im Trust Deed keine Begünstigten bezeichnet, gilt die Vermutung, dass der Settlor selbst Begünstigter ist (Art 906 Abs 4 PGR). Ferner legt der Settlor fest, ob der Anspruch der Begünstigten einklagbar ist oder nicht und inwieweit diese ein Recht auf Bucheinsicht oder sonstige Kontrolle haben. Dem anspruchsberechtigten Begünstigten kommt gem Art 923 Abs 2 PGR ein Rechnungslegungs- und Auskunftsanspruch gegenüber dem Trustee zu, wenn keine Revisionsstelle für den Trust eingerichtet ist, der Settlor verstorben oder unerreichbar ist und der Trust Deed diese Rechte nicht ausschließt.
- 10.28** Der Settlor kann die Ausführung der getroffenen Anordnungen auch in das freie Ermessen des Trustees in Bezug auf einzelne oder alle Begünstigten bzw Begünstigtenklassen stellen und auch die Höhe der Zuwendungen durch den Trustee festlegen lassen. Solche **Discretionary Trusts** (Ermessenstreuhanderschaften) stellen den Hauptteil der liechtensteinischen Trusts dar. Selbst wenn den Ermessensbegünstigten im Vergleich zu den anspruchsberechtigten Begünstigten gem Gesetz weniger

Rechte zukommen, so sind die Ermessensbegünstigten keineswegs schutzlos.¹⁹⁰ Im Trust Deed kann schließlich bestimmt werden, dass über das Trustvermögen Trustzertifikate (**Treuhandzertifikate**) als Wertpapiere an die Begünstigten ausgegeben werden (Art 928 PGR). Diese Zertifikate verleihen dem Begünstigten in der Regel ein Gläubigerrecht auf den Genuss des Treuguts. Die Trustzertifikate müssen auf Namen lauten und sind wie Namenaktien, also durch Indossament übertragbar (Art 327 PGR iVm §§ 87 ff SchIT-PGR), wobei der Trustee entsprechend einem Aktienbuch ein Verzeichnis zu führen hat (Art 928 Abs 3 PGR).

- 10.29** Verletzt der Trustee schuldhaft die Rechte eines Begünstigten, haftet er unter den Voraussetzungen des Art 924 PGR dem Begünstigten auf Schadenersatz (Breach of Trust). Bei unrechtmäßiger Veräußerung des Treuguts besteht gem Art 912 Abs 3, 932a §§ 30, 99 PGR zusätzlich ein **Spurfolge**recht ("Right to Follow the Trust Property"), wonach das so veräußerte Treugut vom Dritterwerber herausverlangt werden kann, sofern der

¹⁹⁰ OGH B 3.3.2017, 07 HG.2016.212 LES 2017, 66 = GE 2017, 141. Die in vereinzelt publizierten Publikationen enthaltene, zum Teil heftige Kritik an diesem Beschluss ist unberechtigt und übersieht, dass der OGH aaO aufgezeigt hat, dass die Bestimmungen über den Trust sehr wohl auch für Ermessensbegünstigte Rechtsschutz- und Kontrollmechanismen enthalten, und beispielhaft Art 912 Abs 3, Art 915 Abs 5, Art 924, 925, 927 Abs 1 und 7, Art 929 PGR angeführt hat. Darüber hinaus hat das liechtensteinische Trustrecht für Fälle, in denen die Durchsetzbarkeit der Treupflichten durch anspruchsberechtigte Begünstigte nicht möglich ist, wie zB bei Zwecktreuhänderschaften, eine eigenständige Lösung gefunden, zB in den Bestimmungen des Art 923 Abs 2 PGR über die Rechnungslegung, des Art 927 Abs 7 PGR über die Wahrnehmung von Kontrollrechten durch den Vertreter des öffentlichen Rechts (über Antrag oder von Amts wegen) oder des Art 929 Abs 3 PGR, wonach das Aufsichtsgericht auch von Amts wegen, etwa aufgrund der Anzeige eines Ermessensbegünstigten oder aber einer Revisionsstelle, behaupteten Pflichtverletzungen des Trustees nachzugehen hat (vgl zu Art 929 Abs 3 PGR auch OGH B 3.3.2017, 07 HG.2016.212 LES 2017, 66 = GE 2017, 141). Es steht dem Settlor zudem frei, auch Ermessensbegünstigten im Trust Deed (umfassende) Auskunfts- und Informationsrechte einzuräumen, was sich insbesondere dann empfiehlt, wenn solche Rechte weder einer Revisionsstelle oder etwa einem Protektor eingeräumt werden. In der Praxis werden regelmäßig entsprechende, den individuellen Vorstellungen des jeweiligen Settlers angemessene Kontrollmechanismen im Trust Deed verankert, was aufgrund der flexiblen Bestimmungen des Trustrechts in verschiedener Weise möglich ist.

Dritte Kenntnis von der Zugehörigkeit der Kaufsache zum Treugut hatte. Art 932a § 30 PGR, der nach herrschender Ansicht auch auf Treuhänderschaften anwendbar ist, schließt die Spurfolge jedoch aus, wenn der Dritte keine Kenntnis von der Zugehörigkeit zum Treugut hatte und die Sache gegen angemessenes Entgelt erworben wurde (vgl der englische Begriff vom "bona fide purchaser for value").

IV. Trustvermögen und Asset Protection

A. Umfang

- 10.30** Zum Trustvermögen, auch "Treuhandgut", "**Treugut**", "Trustfonds" oder "trust res" genannt, gehören gem Art 911 PGR alle Vermögenswerte (Sachen und Rechte), die durch den Settlor oder kraft Gesetzes hiez zu bestimmt sind, einschließlich aller durch die Verwaltung erworbener Vermögenswerte (Zuwachs) und Ersatzgegenstände, wobei es unerheblich ist, ob diese in ein Vermögensverzeichnis aufgenommen worden sind oder nicht. Ist ein Unternehmen Gegenstand des Trusts, so wird der Trustee Inhaber des Unternehmens bzw im Falle einer AG deren Aktionär.
- 10.31** Grundeigentum und weitere im Grundbuch oder in anderen Registern zB Patentregister **eingetragene Rechte** sollen, wenn es der Trust Deed nicht anders vorsieht, auf den Namen des Trustees übertragen werden, wobei die Anmerkung des Trusts im Grundbuch oder in den anderen Registern erlaubt und zweckmäßig ist, vor allem, weil die Anmerkung den guten Glauben eines Dritterwerbers zerstört und somit das Spurfolgerecht nicht abgeschnitten wird (Art 912 PGR). Für die **Anlage und Verwendung des Trustvermögens** ist in erster Linie der im Trust Deed dokumentierte Wille des Settlors maßgebend. Subsidiäre Bestimmungen sind im Gesetz enthalten. Mehrere Trustees stehen dem Trustvermögen gem Art 911 Abs 4 PGR iVm Art 31 ff SR als Gesamteigentümer gegenüber.

B. Gläubigerzugriff auf das Trustvermögen – Asset Protection

1. Gläubiger des Trustees

10.32 Das Trustvermögen ist gem Art 915 PGR dem exekutiven oder insolvenzrechtlichen Zugriff der **Gläubiger des Trustees** absolut entzogen. Es gilt als Fremdvermögen und ist aus dem Vermögen des Trustees auszusondern. Das Treugut geht in der Folge auf den im Trust Deed bezeichneten Folgetrustee über; ist ein solcher nicht benannt, kann das Landgericht gem Art 904 PGR einen gerichtlichen Treuhänder bestellen (Art 915 Abs 2 PGR). Ist eine Ausscheidung zwischen dem Trustvermögen und dem Privatvermögen des Trustees während der Dauer des Zwangsvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens unmöglich (zB bei Vermischung von Bargeld), so geht der Ersatzanspruch allen übrigen Gläubigern des Trustees vor (Art 915 Abs 4 PGR). Settlor und Begünstigte sind auf diese Weise im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens des Treuhänders bestmöglich geschützt. Gläubiger des Trustees können sich lediglich an allfälligen Entschädigungsansprüchen des Trustees gegenüber dem Trustvermögen gem Art 920 Abs 4 PGR (Treulohn) exekutiv befriedigen (Art 915 Abs 1 PGR).

2. Gläubiger des Settlors

10.33 Die **Gläubiger des Settlors** oder seiner Rechtsnachfolger können gem Art 914 Abs 1 PGR ihre Ansprüche gegen das Trustvermögen nur im Rahmen der anfechtungsrechtlichen Bestimmungen (Art 64 ff RSO, IPR-Bestimmungen in Art 75 RSO) oder – je nach Art der Zuwendung – gem den Normen des Erbrechts (§ 785 ABGB und ausländisches Erbrecht gem Art 29 IPRG) und des Schenkungsrechts (Art 65 RSO, uU §§ 947 ff ABGB und ausländisches Recht gem Art 41 IPRG) geltend machen. Diesbezüglich kann mutatis mutandis auf die Ausführungen im Stiftungsrecht (bezüglich Gläubigeranfechtung und – nur sehr restriktiv zulässiger – Durchgriffshaftung vgl Rz 9.94, bezüglich Pflichtteilergänzungsansprüchen der verkürzten Noterben vgl Rz 9.89) verwiesen werden.

3. Gläubiger des Begünstigten

10.34 Die **Gläubiger des Begünstigten** können laut Art 914 Abs 2 PGR nur dann Ansprüche gegen das Trustvermögen geltend machen, wenn der Begünstigte einen Rechtsanspruch gegen das Trustvermögen hat, er also Begünstigungsberechtigter und nicht Ermessensbegünstigter ist. Zudem darf der Trust Deed keine Bestimmung über die Unentziehbarkeit nach dem Muster der Familienstiftung beinhalten. Der Settlor kann also in Übereinstimmung mit Art 552 § 36 PGR bestimmen, dass der Treugenuss, den bestimmt bezeichnete Drittbegünstigte und Drittanwartschaftsberechtigte (also nicht der Settlor selbst) unentgeltlich erlangen, durch deren Gläubiger weder sicherungs- noch befriedigungsweise und auch nicht im Wege des Insolvenzverfahrens entzogen werden darf (**Vollstreckungsprivileg**). Ob ein ausländisches Gericht eine derartige Bestimmung im Trust Deed befolgen würde, ist allerdings ungewiss.

4. Gläubiger des Trustvermögens

10.35 Der Trustee haftet für die von ihm zulasten des Trustvermögens eingegangenen Verbindlichkeiten gem Art 916 PGR persönlich und unbeschränkt und mit allfälligen Co-Trustees solidarisch, soweit die Gläubigerforderungen durch das Trustvermögen nicht gedeckt sind. Er hat jedoch, wenn nicht anders vorgesehen, ein Rückgriffsrecht gegen den Settlor und unter bestimmten Voraussetzungen auch gegen die Begünstigten. Das Trustvermögen ist gem Art 916 Abs 4 PGR insolvenzfähig. Im Insolvenzfall können die **Gläubiger des Trustvermögens** ihren Ausfall beim Trustee geltend machen. Die Haftung des Trustees entfällt jedoch, wenn dem Dritten nachgewiesen wird, dass er sich nur auf die Haftung aus dem Trustvermögen und nicht auf eine weitergehende Haftung verlassen hat. Dies ist ua dann anzunehmen, wenn der Trustee den Dritten auf seine Stellung als Trustee hingewiesen hat und sohin nicht als unbeschränkt rechtlich und wirtschaftlich Berechtigter am Vermögen aufgetreten ist. Aus diesem Grund ist der Hinweis auf die Trustee-Eigenschaft oder eine vertragliche Haftungsbeschränkung stets empfehlenswert.

V. Trustaufsicht

- 10.36** Trusts, die im Handelsregister eingetragen sind, unterstehen gem Art 929 PGR der laufenden Aufsicht des Landgerichts. Die (laufende) **Aufsicht** entfällt jedoch
- bei einem Express Family Trust (Familientreuhänderschaft),
 - beim Ausschluss jeglicher Aufsicht oder der Betrauung einer anderen Einrichtung im Trust Deed sowie
 - beim Ausschluss der Aufsicht durch das Gericht mangels Notwendigkeit.
- 10.37** Das **Landgericht** hat ein Verzeichnis über die seiner Aufsicht unterliegenden Trusts zu führen (Treuhandverzeichnis) und nach Ermessen gelegentliche Kontrollen über Bestand und Verwaltung dieser Trustvermögen durchzuführen. In aller Regel wird jedoch die laufende Aufsicht des Landgerichts ausgeschlossen und gegebenenfalls einem anderen Organ, etwa einem Protektor, übertragen.
- 10.38** Gem Art 929 Abs 3 PGR können jedoch Co-Trustees oder Begünstigte einschließlich Ermessensbegünstigte¹⁹¹ jederzeit, also auch, wenn keine laufende Aufsicht eingerichtet ist, das Landgericht anrufen, sofern ein Trustee seinen Pflichten nicht nachkommt (punktuelle Aufsicht¹⁹²). Dieses Recht kann im Trust Deed nicht entzogen werden. Das Landgericht kann auch von Amts wegen nach Anhörung der Beteiligten den pflichtvergesenen Trustee ermahnen oder ihn seines Amtes entheben und, sofern notwendig, die Bestellung eines Ersatztrustees veranlassen. Ferner kann das Landgericht auf Antrag und bei Vorliegen wichtiger Gründe eine amtliche Revision mit der Pflicht zur Berichterstattung an das Gericht anordnen.

VI. Beendigung des Trusts

- 10.39** Die **Beendigung des Trusts** erfolgt gem Art 906 ff PGR primär nach den Vorschriften des Trust Deeds und ferner, wenn das Trustvermögen untergeht und kein Ersatz an dessen Stelle tritt. Üblicherweise sieht der Trust Deed eine bestimmte Zeitdauer (Trust Period) für das Bestehen des Trusts vor, verbunden mit

¹⁹¹ OGH B 3.3.2017, 07 HG.2016.212 LES 2017, 66 = GE 2017, 141.

¹⁹² OGH B 14.6.2007, 10 HG.2003.17 LES 2008, 82.

dem Recht des Trustees, diese Zeitdauer abzukürzen oder zu verlängern. Die in vielen Staaten des angloamerikanischen Rechtskreises geltende "**Rule Against Perpetuities**", welche die Zeitdauer eines Trusts von Gesetzes wegen limitiert und über die "Perpetuity Period" (zB 21 Jahre nach dem Tod einer bestimmten, bei der Entstehung des Trust Deeds lebenden Person) hinausgehende Dispositionen für nichtig erklärt, ist auf liechtensteinische Trusts nicht anwendbar, weswegen Trusts auch auf unbegrenzte Zeit errichtet werden können. Im Trust Deed ist auch die Verwendung des Trustvermögens im Falle der Beendigung des Trusts (Letztbegünstigung) zu regeln.

- 10.40** Fehlt es an derartigen Vorschriften oder sind die Endbegünstigten weggefallen, so entsteht nach Art 906 Abs 4 PGR ein "**Resulting Trust**" zugunsten des Settlors bzw dessen Erben. Fehlen diese, so geht das Vermögen an die anspruchsberechtigten Begünstigten und, wenn auch solche fehlen, an eine Stiftung mit möglichst gleichartigem Zweck. Die Beendigung des Trusts ist dem Amt für Justiz anzuzeigen. Jedenfalls kann der Trust gem Art 906 Abs 2 iVm 552 § 39 PGR durch Beschluss des Landgerichts aufgehoben werden, wenn der Zweck des Trusts erreicht wurde oder aber unerreichbar geworden ist (zB durch Wegfall der vorgesehenen Begünstigten oder durch Nichteintritt bestimmter Ereignisse) und der Trustee den Trust nicht beendet. Daneben kann ein Aufhebungsverfahren wegen Widerrechtlichkeit, Unsittlichkeit oder Staatsgefährlichkeit der Tätigkeit eingeleitet werden.
- 10.41** Gem Art 910 Abs 5 iVm Art 932a § 17 Abs 2 Z 2 PGR wird der Trust auch auf Grund der Zustimmung aller Trustees und der Begünstigungs- und Anwartschaftsberechtigten sowie, wenn die Begünstigungsberechtigung unentgeltlich erworben wurde, mit Zustimmung des Settlors oder seiner Erben aufgehoben, wenn der Trust Deed nichts Gegenteiliges anordnet. Die Zustimmung des Settlors bzw seiner Erben kann aus wichtigen Gründen durch Verfügung des Landgerichts¹⁹³ ersetzt werden. Diese Norm ist strenger als die im englischen Recht geltende

¹⁹³ Im Umkehrschluss aus Art 932a § 5 Abs 4 PGR und aus systematischen Erwägungen ist bei ergänzender Anwendung der Bestimmungen des TrUG gem Art 910 Abs 5 PGR auf einen Trust anstelle des Amts für Justiz das Landgericht im Außerstreitverfahren zuständig.

Saunders-v-Vautier-Regel, wonach die Zustimmung sämtlicher erwachsener Begünstigter hinreicht.

- 10.42** Letztwillig errichtete Trusts können nach den Bestimmungen des Erbrechts vom Settlor bis zu seinem Tod widerrufen werden. Ansonsten ist der Rücktritt des Settlers vom Trust Deed oder ein **Widerruf** des Trusts nur zulässig, soweit dies im Trust Deed ausdrücklich vorgesehen ist (Art 907 PGR). Ist dies nicht der Fall, so ist der Trust unwiderruflich und kann vom Settlor oder gegebenenfalls von Dritten lediglich nach den Vorschriften über Willensmängel beim Vertragsabschluss (§§ 869 ff ABGB) sowie nach den Normen des Erbrechts (§ 785 ABGB und ausländisches Erbrecht gem Art 29 IPRG), des Schenkungsrechts (Art 65 RSO, uU §§ 947 ff ABGB und ausländisches Recht gem Art 41 IPRG) und des Anfechtungsrechts (Art 64 ff RSO, IPR-Bestimmungen in Art 75 RSO) bekämpft werden. Bei Rücktritt und Widerruf fällt das Vermögen an den Settlor zurück, sofern nichts anderes vorgesehen ist. Tod, Handlungsunfähigkeit und Insolvenz des Settlers heben den Trust nicht auf, sofern sich aus dem Trust Deed nichts anderes ergibt (Art 907 Abs 4 PGR).
- 10.43** Kündigt der Trustee, stirbt er oder wird er handlungsunfähig, so übernimmt der im Trust Deed vorgesehene Nachfolger seine Position (Art 908 f PGR). Das Bestehen des Trusts wird dadurch nicht berührt. Kann oder will der Trustee sein Amt nicht antreten, ist nach den Bestimmungen des Trust Deeds oder, falls solche fehlen, gem Art 904 PGR durch das Gericht ein Ersatztrustee zu bestellen. Auch ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Trustees lässt den Trust nicht dahinfallen, unter Umständen wird der insolvente Trustee aber seines Amtes enthoben (Art 909 Abs 5 PGR).

VII. Internationales Trustrecht

- 10.44** Der Trust ist gem Art 930 PGR dem Recht unterstellt, das im Trust Deed bestimmt ist (situs, forum of administration). Hat keine ausdrückliche Rechtswahl stattgefunden, so ist primär das Recht des Staats anwendbar, in dem der Trustee oder die Mehrheit der Co-Trustees ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder Sitz haben. Subsidiär gilt das Recht jenes Staats, in dem der Trust effektiv verwaltet wird. Liechtenstein lässt nach Art 931 PGR grundsätzlich auch die Begründung von Trusts nach

ausländischem Recht sowie deren **Verlegung** nach Liechtenstein zu. Auch in diesen Fällen liegt ein liechtensteinischer Trust mit liechtensteinischem Verwaltungsort vor. Das für anwendbar erklärte ausländische Recht regelt das Verhältnis zwischen Settlor, Trustee und Begünstigten, wobei die anwendbaren Bestimmungen des fremden Rechts ausführlich in den Trust Deed aufzunehmen sind. Für das Verhältnis des Trusts gegenüber Dritten ist hingegen zwingend liechtensteinisches Recht anzuwenden. Streitigkeiten zwischen Settlor, Trustee und Begünstigten gehören im Falle eines Trusts nach ausländischem Recht zwingend vor ein Schiedsgericht.

10.45 Am 1.4.2006 ist das **Haager Übereinkommen** über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung vom 1.7.1985 für Liechtenstein in Kraft getreten. Eine Ratifikationstabelle und Erläuternde Bemerkungen zum HTÜ finden sich auf der Website der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht¹⁹⁴. Das Übereinkommen enthält kein materielles Trustrecht, sondern regelt nur das auf Trusts anwendbare Recht und die Anerkennung von Trusts. Art 6 f HTÜ sehen die Möglichkeit der Rechtswahl vor, ansonsten wird am Recht der engsten Verbindung angeknüpft. Trusts, die der im Abkommen enthaltenen Definition entsprechen, was bei liechtensteinischen Trusts der Fall ist, bilden ein Sondervermögen des Trustees. Das HTÜ hat keine Änderungen im innerstaatlichen liechtensteinischen Recht nach sich gezogen. Der Grund, weshalb das Übereinkommen trotzdem Bedeutung für Liechtenstein hat, liegt in Art 21 HTÜ, wonach sich jeder Vertragsstaat das Recht vorbehalten kann, nur jene ausländischen Trusts anzuerkennen, deren Gültigkeit dem Recht eines Vertragsstaats unterliegt.

¹⁹⁴ www.hcch.net.

Literatur

Baur, Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Haager Trustübereinkommen? *Jus & News* 2003, 263; *Biedermann*, Die Treuhänderschaft des liechtensteinischen Rechts, dargestellt an ihrem Vorbild, dem Trust des Common Law (1981); *Bösch*, Die liechtensteinische Treuhänderschaft zwischen Trust und Treuhand. Eine rechtsdogmatische und -vergleichende Untersuchung aufgrund der Weisungsbestimmung des Art 918 liecht. PGR (1995); *Bösch*, Trust und Fiduzia im liechtensteinischen Recht, *Jus & News* 1997, 12; *Bösch*, Bemerkungen zur Haftung des Treuhänders für falsche Angaben und zu anderen aktuellen Fragen des liechtensteinischen Treuhandrechts, *LJZ* 1999, 73; *Bösch*, Judikaturwende im liechtensteinischen Treuhandrecht. Eine Nachlese und ein Ausblick, *LJZ* 2000, 87; *Bösch*, Schweizerische Spuren im liechtensteinischen Treuhandrecht, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht* 2000/119, 175; *Bösch*, Liechtensteinische Trustrezeption und Anwendungsbereich der Bestimmungen über die Treuhänderschaft. Neue Erkenntnisse oder nur alter Wein in neuen Schläuchen? *LJZ* 2001, 42 und 73; *Bösch*, Richterlich missverstandene trust governance in Liechtenstein. Kritische Anmerkungen zu FL OG 12.03.2015 und FL StGH 2015/47, *PSR* 2016/44, 183; *Bösch*, Acht Antithesen zum oberstgerichtlichen Beschluss vom 03.03.2017, *LJZ* 2017, 23; *Gasser* (Hrsg.), Liechtensteinisches Trustrecht. Praxishandbuch (2020); *Good*, Das Protektorat im liechtensteinischen Stiftungs- und Treuhänderschaftsrecht (2018); *Matthews*, Die Gefahren der Über-Klassifikation im Trustrecht, *LJZ* 2001, 109; *Moosmann*, Der angelsächsische Trust und die liechtensteinische Treuhänderschaft unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlich Begünstigten. Eine rechtsvergleichende Studie mit Erkenntnissen für das Schweizer Treuhandrecht (1999); *Quaderer*, Die Rechtsstellung des Anwartschaftsberechtigten bei der liechtensteinischen Familienstiftung (1999); *Summer*, "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser". Die Auskunftsrechte von Begünstigten im liechtensteinischen Stiftungs- und Treuhandrecht, *LJZ* 2005, 36; *Wenaweser*, Zur Rezeptionsfrage der Treuhänderschaft und ihrem Anwendungsbereich nach liechtensteinischem Recht, *LJZ* 2001, 1; *Wenaweser*, Die bindende Weisung im englischen und liechtensteinischen Trustrecht (2001); *Wenaweser*, Ausgewählte Fragen zum liechtensteinischen Treuhänderschaftsrecht, *LJZ* 2005, 7; *Wenaweser*, Wealth Preservation Trusts in Liechtenstein. Selected Aspects of Law, in *Schurr* (Hrsg.), Trust in the Principality of Liechtenstein and Similar Jurisdictions. Aspects of Wealth Protection, Beneficiaries' Rights and International Law (2014) 59; *Wenaweser*, Liechtenstein, in *Kempster/McMillan/Meek* (Hrsg.), *International Trust Disputes*² (2020).

Overview	Para.
I. Definition and legal characteristics	10.1
II. Trust formation	10.5
A. Trust Deed	10.5
B. Entry in the commercial register or deposit of the notification of formation	10.11
III. Trust participants	10.14
A. Settlor	10.14
B. Trustee	10.17
C. Beneficiaries	10.26
IV. Trust assets and asset protection	10.29
A. Scope	10.29
B. Creditor access to the trust assets – asset protection	10.31
1. Creditors of the trustee	10.31
2. Creditors of the settlor	10.32
3. Creditors of the beneficiary	10.33
4. Creditors of the trust property	10.34
II. Trust supervision	10.35
III. Termination of the trust	10.38
IV. International trust law	10.43

Chapter 10

The trust

I. Definition and legal characteristics

- 10.1 Trust relationships**, usually called trusts, are regulated in Articles 897-932 of the Persons and Companies Act (Personen- und Gesellschaftsrecht, PGR). A trust means that a natural person or legal person (settlor) transfers assets (trust property, trust res) to the trustee with the obligation for the trustee to administer or use the trust property based on the settlement (**trust deed**) established by the settlor in the trustee's own name as an independent legal owner for the benefit of one or several third persons (beneficiaries) with effect towards all other persons (Article 897 PGR). Unlike a trust enterprise (Treuunternehmen) pursuant to Article 932a PGR, a trust is not a legal person. The trust is at times used instead of the foundation to manage assets in the interest of family members (**express family trust**), especially for persons in the Anglo-American legal sphere who are more familiar with the institute of the trust than with a foundation. However, trusts are becoming increasingly important even beyond this group of people as an instrument of international estate planning.
- 10.2** In 1926, Liechtenstein was the first and until 2005 ¹⁷⁸ the only continental European country to comprehensively regulate Anglo-American trusts as positive law. As the Princely Supreme Court has elaborated, the Liechtenstein trust is not an exclusive reception of the Anglo-American trust, but also contains elements of German law.¹⁷⁹ Nonetheless, English and American legal commentaries and case law can be used to interpret the PGR's provisions on trusts. The trust under Liechtenstein law differs significantly from the trust relationships found in countries of the Roman legal system, since the latter are based on the law of mandate and agency and thus purely are constructs

¹⁷⁸ In 2005, San Marino also introduced a codified trust law.

¹⁷⁹ OGH Judgment 6 July 2000, 5 C 303/98-53 LES 2000, 148.

under the law of obligations. By contrast, the Liechtenstein trust grants an administrative right in rem (Article 910 para. 3 PGR) with debt and property law components and thus is – like the Anglo-Saxon trust – an institute sui generis.

- 10.3** According to Article 910 para. 5 PGR, the **provisions governing the trust enterprise** (Article 932a Sections 1-170 PGR) apply to trusts on a supplemental basis. Moreover, Article 926 para. 1 PGR provides that provisions governing agency agreements apply mutatis mutandis¹⁸⁰ to the legal relationship between settlor and trustee. Finally, the **provisions** on changes in the organization and purpose of **family foundations** (cf. 9.13) apply accordingly to family trusts.
- 10.4** As explained, trust law dates back to the 1920s and has since been amended only once, i.e., it underwent a minor partial amendment in 1980. Since the previous (German) version of this book was published in 2009, there have been only a few minor legislative amendments in the area of trust law.

II. Trust formation

A. Trust deed

- 10.5** Pursuant to Article 899 PGR, a trust is created by a written agreement (**trust deed**, settlement) between the settlor and the trustee, by unilateral written declaration of the settlor, to be followed by a written declaration of acceptance by the trustee, or by testamentary disposition.¹⁸¹ In addition, the trust assets must be transferred to the trustee. In all of these cases, the trust must

¹⁸⁰ Unless deviations follow from the provisions on the trust (Articles 897 - 932 PGR), including the additionally applicable provisions on trust enterprises (Article 932a Sections 1 - 170 PGR) or from the special purpose of the trust and unless the provisions of another legal relationship mentioned in Article 926 para. 1 PGR must be applied on a supplemental basis.

¹⁸¹ In practice, trusts are also formed by the trustee themselves by way of a so-called declaration of self as trustee or declaration of trust. Both processes are permissible. A trustee here declares themselves the trustee of a particular trust property and subject to particular fiduciary duties, which are stipulated in the deed of formation in the same way as in the case of a bilateral establishment of the trust.

be expressly designated as such (trust or trust relationship) (express trust). Any transfer of assets to the trustee must be made in accordance with the general provisions of the law of property.

- 10.6** The trust deed must always be made in writing. Pursuant to Article 910 PGR, it is authoritative in the first place for the interpretation of the trust relationship between settlor, trustee, and beneficiaries. The statutory provisions apply on a supplemental basis. The **structure of the trust deed** thus may be adapted to the respective needs and, some formal requirements aside, leaves ample scope for the settlor's intent. The trust deed may be drawn up in a foreign language provided that the trustee is familiar with that language. In practice, most trust deeds are written in English.
- 10.7** The trust deed generally includes information such as the name of the settlor, the (legal) name and residence/domicile of the trustee, the designation of the trust, and the date of its creation and its term. In addition, the trust assets are itemized, and position as well as powers of settlor and trustee are described. Also included is the **designation of beneficiaries**, with the trust deed in many cases merely referring to a schedule, which specifies the beneficiaries or group of beneficiaries by name. Finally, the trust deed contains provisions on the amendment or dissolution of the trust as well as rules on the investment of assets.
- 10.8** Like in Anglo-American law, the definition of the "three certainties" is key¹⁸²: the trust deed must clearly show
- the intention to form a trust (certainty of intention);
 - the trust property (certainty of subject); and
 - the beneficiaries or, in case of purpose trusts, the purpose (certainty of object).

However, since Liechtenstein law, unlike most trust laws in the Anglo-American legal sphere, does not prohibit the **accumulation** of income and does not recognize the **rule against perpetuities**, a permanent trust is possible in Liechtenstein. Instead

¹⁸² OGH Judgment 8 January 1987, 4 C 322/84-40 LES 1989, 3.

of naming beneficiaries or a group of beneficiaries, it is also permissible to set up a **purpose trust** (see, inter alia, Article 927 para. 7, Article 932a Sections 11 para. 1, 79 para. 1, 80 para. 1 PGR). This type of trust does not have any beneficiaries, but only serves to realize a specific purpose. The most important type of purpose trust is the **charitable trust**, which pursues charitable purposes as defined in Article 107 para. 4a PGR.

- 10.9** Unless the settlor has reserved a right of revocation, the trust is irrevocable pursuant to Article 907 para. 2 PGR and may be revoked by the settlor or possibly by third parties only pursuant to the provisions on defects of intent at the conclusion of the contract (Sections 869 et seqq. of the General Civil Code (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, ABGB)) or under the provisions of the law of succession (Section 785 ABGB and foreign law of succession pursuant to Article 29 of the Act on Private International Law (Gesetz über das internationale Privatrecht, IPRG)), the law on donations (Article 65 of the Act on the Protection of Rights (Rechtssicherungs-Ordnung, RSO), possibly Sections 947 et seqq. ABGB and foreign law pursuant to Article 41 IPRG) and the law of avoidance (Articles 64 et seqq. RSO, IPR provisions in Article 75 RSO).
- 10.10** The trust deed may provide for the possibility to amend it. It is advisable to determine at the same time who is entitled to do so. In many cases, the consent of a **protector** is required to exercise this power. Even if the trust deed does not contain any provisions on amendments or even expressly stipulates that the trust deed must not be altered, if certain conditions are met, the Princely Court of Justice may pursuant to Article 910 para. 4 in conj. w. Article 552 Sections 33 et seqq. PGR make an amendment ex officio or at the request of one of the parties concerned. This is possible, for example, if the purpose for which the trust was formed has become unattainable or irrational and the trust deed has not entrusted another body with the amendment. Contents of the trust deed that do not relate to the purpose of the trust may be amended by the Princely Court of Justice if it is expedient to do so to ensure the continued existence of the

trust and the trust property and if no other body is competent to make the amendment.

B. Entry in the commercial register or deposit of the notification of formation

- 10.11** The trust comes into existence with its creation. If the trust is formed for a period of more than twelve months, pursuant to Articles 900 et seqq. PGR it must either be registered for **entry in the commercial register** or the trust deed must be **deposited** with the Office of Justice within twelve months of its formation. It is expedient to already determine in the trust deed whether the trust is to be entered in the commercial register or the deed is merely to be deposited.
- 10.12** The registration for entry of the trust in the commercial register must include the designation of the trust (e.g., The Sunshine Trust), the date of formation and the duration of the trust, as well as the last name, first name, nationality and registered office or residence or legal name and registered office of the trustee (Article 900 PGR in conj. w. Article 100 of the Commercial Register Ordinance (Handelsregisterverordnung, HRV)). Any changes to these facts must also be registered for entry. After the entry, everyone can obtain an extract from the commercial register with the above information from the Office of Justice pursuant to Article 954 PGR. It does not show settlor or beneficiaries.
- 10.13** According to Article 902 PGR, there is no obligation to enter a trust in the commercial register where an original or certified copy of the trust deed is deposited with the Office of Justice within twelve months. Amendments to the trust deed must also be deposited. The deposited documents are not accessible to the public. Article 100a HRV provides that with the exception of disclosure of the effective existence of a trust relationship not entered in the commercial register, no information may be disclosed to third parties. However, disclosing the representative or service agent to Liechtenstein prosecution authorities, the Financial Intelligence Unit (FIU), the Financial Market Supervisory Authority (FMA), and the Tax Administration is permitted.

III. Trust participants

A. Settlor

- 10.14** The **settlor** (trustor) declares that they will transfer to a trustee designated by them any part of their assets on the terms specified in the trust deed. In particular, the settlor may make provision in the trust deed for the trust property, under certain conditions or after a certain period of time, to revert to the settlor or the settlor's legal successor or to devolve upon third parties (Article 917 para. 1 PGR). The reservation of rescission of the trust agreement by the settlor or revocation is admissible only if this is expressly included in the trust deed (Article 907 para. 1 PGR). Upon acceptance of the trust by the trustee, the settlor and trustee are bound by these provisions. The settlor is obligated to provide the trustee with the stipulated trust assets (Article 918 para. 3 and Article 919 para. 1 PGR). According to the mandatory legal provision of Article 918 para. 1 PGR, the settlor is prohibited from including provisions that would bind the trustee to ongoing instructions by the settlor, since otherwise there would be no trust but an ordinary mandate (Sections 1002 et seqq. ABGB) or another legal relationship, e.g., an employment contract (Section 1173a ABGB).
- 10.15** However, it is quite possible for the settlor to prepare a so-called **letter of wishes**. This is not a trust document, but merely a declaration of intent, which contains more precise indications of the settlor's intent and thus is intended to guide the trustee's discretion. The letter of wishes does not have a binding effect, but the trustee may consider it when interpreting the settlor's intent. According to established Princely Supreme Court case law, a letter of wishes falls within the sphere of privacy and secrecy and hence within the trust's legally protected personal sphere. As a rule, the beneficiaries' interest in information is inferior.¹⁸³

¹⁸³ OGH Order 6 April 2018, 09 CG.2016.353, LES 2018, 125 with further references.

10.16 Lastly, under the conditions of Article 923 para. 2 PGR, the settlor has a claim against the trustee to render accounts and to provide information. Unless otherwise indicated by the trust deed, the death of the settlor or insolvency proceedings do not bring about the termination of the trust (Article 907 para. 4 PGR).

B. Trustee

10.17 The settlor may appoint one or more natural persons or legal persons as **trustees**. These may be Liechtenstein or foreign nationals, regardless of their registered office or residence. However, according to Article 905 PGR, where no person resident in Liechtenstein or no legal person domiciled in Liechtenstein has been appointed as trustee, a representative must be appointed in accordance with Article 239 PGR.¹⁸⁴ If the appointment is made in the trust deed, the trustee assumes office by signing the deed. Otherwise, a written declaration of acceptance is required.

10.18 If the trustee does not accept the office or ceases to exist, the Princely Court of Justice pursuant to Article 904 PGR may appoint a judicial trustee in special non-contentious proceedings after hearing the parties involved, unless the trust deed makes provisions for this case, e.g., appointment of a substitute trustee. In the absence of any other arrangement in the trust deed pursuant to Article 922 para. 3 PGR, several trustees (co-trustees) generally act collectively and are entitled to the entire trust assets pursuant to Article 911 para. 4 PGR (joint ownership pursuant to Articles 31 et seqq. of the law of property (Sachenrecht, SR)). Unless the personal fulfillment of trust obligations is crucial, the trustee may have all administrative acts performed by third parties.

10.19 The trustee manages and uses the trust property in their own name as an independent legal entity vis-à-vis anyone. This is done for the benefit of one or more beneficiaries, which may

¹⁸⁴ This provision, which was introduced by LGBl 2016/402, replaces the previously applicable requirement of a Liechtenstein trustee (Article 905 PGR, as amended by LGBl 1980/39).

include the settlor, but not exclusively the trustee. Article 919 para. 3 PGR provides that the trustee, as an independent legal entity, has a full right in rem to the trust property: the trustee thus is the owner¹⁸⁵ of the contributed items and able to assert all associated rights in their own name. The trustee's position is tied to the settlor's intent only inter partes by the trust deed: the trustee thus legally can do more than they are allowed to.

10.20 According to Articles 922 et seqq. PGR, management and use of the trust assets must be carried out with the diligence of a prudent businessman in strict compliance with the trust deed. The trustee is acting in conformity with their obligations if their decisions regarding the trust property move within the scope of the trust deed's action, on a reasonable basis of information, free of any conflicts of interest, and in good faith that their decision is in the best interest of the assets to be managed.¹⁸⁶ Pursuant to Article 923 para. 1 PGR, the trustee must draw up a separate **schedule of assets** in accordance with Article 1045 para. 3 PGR¹⁸⁷ and update it annually.¹⁸⁸ The trustee must ensure that the records and supporting documents are available at the domestic registered office within a reasonable period of time.¹⁸⁹ Moreover, unless the trust deed provides otherwise, the trustee is required to potentially also render accounts and to provide information to the auditor, if any, or, in the absence of such auditor, to the settlor or to the beneficiary who has a right

¹⁸⁵ However, OGH Judgment 4 November 2011, 1 CG.2010.181 LES 2012, 22 classified trust property as a special asset in which the trustee acquires a right of management and disposal, but not ownership.

¹⁸⁶ OGH Order 14 June 2007, 10 HG.2003.17 LES 2008, 82, where the Princely Supreme Court applied the business judgment rule to a trust.

¹⁸⁷ This provision stipulates an accounting obligation adapted on the model of Article 552 Section 26 PGR. Accounting must be adjusted to the financial circumstances of the trust. The principles of proper accounting must be taken into account and the business development and the development of the assets must be comprehensible from the records (Report and Motion 2011/134).

¹⁸⁸ Since the applicability of LGBl 2012/124 to fiscal years from 1 January 2014 the provision of Article 923 para. 1 PGR is mandatory law, Article 923 para. 5 PGR was repealed as part of this amendment.

¹⁸⁹ Article 1059 PGR applies accordingly to keeping and retaining records of receipts.

of claim or, possibly, to the Princely Court of Justice (Article 923 para. 2 PGR). If the trustee is in doubt concerning the admissibility or appropriateness of an administrative act or where a co-trustee refuses to cooperate, the trustee must, to the extent necessary, turn to the Princely Court of Justice to obtain binding information (Article 919 para. 6 PGR). This is very rare in practice.

- 10.21** Under Article 920 PGR, the trustee is entitled to appropriate remuneration for the trustee's services as well as to reimbursement for all necessary expenses. Moreover, the trustee must be compensated for any damage incurred as a result of their activities as trustee and be released from any liabilities incurred in the interest of the trust assets. In the absence of any directive to the contrary, the trustee is not entitled to draw any benefit from the trust (Article 925 para. 1 PGR). Primarily, the trustee's claims may be made directly against the settlor, then against the beneficiary, but may also be directed against the trust property as such, which usually is the case (Article 920 para. 4 PGR). Article 925 para. 2 PGR stipulates a prohibition of insider dealings of the trustee beyond the ordinary administration.
- 10.22** If the trustee breaches their duties (**breach of trust**), they are personally liable to the settlor under Article 924 PGR and, if there no longer is a settlor, to the beneficiaries with all of their assets. This is a contractual liability, to which the reversal of the burden of proof of Section 1298 ABGB applies. In the absence of any other instruction in the trust deed, co-trustees are liable jointly and severally and without limitation if they have failed to duly meet their duty of supervision towards the co-trustees.
- 10.23** Under Article 908 PGR, the trustee has the right to resign, and in the absence of instructions to the contrary, is required to administer the trust for a period of at least one administrative year. If nothing more specific has been stipulated, the trustee may only give notice of termination at the end of the year, and as a rule must give three months' notice. In certain important cases, e.g., in the event of gross breach of duty, the Princely Court of Justice may, on application of a trustee or a beneficiary or ex officio, after hearing the parties concerned, remove the trustee from office and order the appointment of another trustee or may

itself appoint such a trustee (Article 929 para. 3 PGR). If insolvency proceedings have been opened in respect of the trustee's assets, the trustee does not automatically withdraw from the legal relationship, provided that the trust property does not appear to be in jeopardy and the judge does not order the trustee's withdrawal (Article 909 PGR).

- 10.24** When a trustee is departing, the new trustee is generally appointed in accordance with the provisions of the trust deed. In many cases, the appointment is to be made either by the settlor or by the other co-trustees (**co-optation**). If no provisions have been made for the substitute appointment, the appointment pursuant to Article 904 PGR may be made by the Princely Court of Justice upon request of the parties concerned.
- 10.25** To assist the trustee(s), the settlor may additionally appoint a **protector** who advises the trustee or limits the trustee's discretion according to the settlor's intent, e.g., by requiring consent to the proposed exercise of certain powers by the trustee.

C. Beneficiaries

- 10.26** Except in the case of a purpose trust, in the trust deed or in the schedule thereto, the settlor designates the **beneficiaries** in whose interest the trust assets are to be used (Articles 917 and 927 PGR). The settlor may themselves be a beneficiary, as may the trustee, but the latter may not be the sole beneficiary (Article 927 para. 6 PGR). If no beneficiaries are designated in the trust deed, there is a presumption that the settlor is a beneficiary (Article 906 para. 4 PGR). The settlor also determines whether or not the beneficiaries' claim is enforceable and the extent to which they have a right to inspect the books or have other control. Pursuant to Article 923 para. 2 PGR, the trustee is required to render accounts and to provide information to the entitled beneficiary if no auditor has been established for the trust, if the settlor is deceased or is otherwise unreachable, and unless the trust deed rules out such rights.
- 10.27** The settlor may also leave the execution of the orders made to the discretion of the trustee with respect to individual or all beneficiaries or classes of beneficiaries and may also have the trustee determine the amount of the benefits. Such **discretionary**

trusts constitute the majority of Liechtenstein trusts. Even if discretionary beneficiaries have fewer rights under the law than entitled beneficiaries, they are by no means without protection.¹⁹⁰ Finally, the trust deed may provide that **trust certificates** on the trust fund are issued as securities to the beneficiaries (Article 928 PGR). These certificates usually give the beneficiary a creditor's right to the enjoyment of the trust property. The trust certificates must be in registered form and are transferable like registered shares, i.e., by endorsement (Article 327 PGR in conj. w. Sections 87 et seqq. in the Final Section of the Persons and Companies Act (Schlussabteilung des Personen- und Gesellschaftsrechts, SchIT PGR)), whereby the trustee must keep a register corresponding to a share register (Article 928 para. 3 PGR).

- 10.28** Where the trustee culpably violates the rights of a beneficiary, they are liable to the beneficiary for damages (breach of trust) under the conditions of Article 924 PGR. Article 912 para. 3, Article 932a Sections 30, 99 PGR provide that in case of an unlawful disposal of the trust property, there is an additional

¹⁹⁰ OGH Order 3 March 2017, 07 HG.2016.212 LES 2017, 66 = GE 2017, 141. The – in parts strong – criticism of this Order in some publications is not justified and ignores the fact that in the same Order, the Princely Supreme Court has shown that the trust provisions do indeed contain legal protection and control mechanisms also for discretionary beneficiaries, and has cited as examples Article 912 para. 3, Article 915 para. 5, Articles 924, 925, 927 para. 1 and 7, Article 929 PGR. In addition, Liechtenstein trust law has found an independent solution for cases where the enforceability of the fiduciary duties by beneficiaries entitled to claim is not possible, e.g., in the case of special-purpose trusts, such as in the provisions of Article 923 para. 2 PGR on accounting, of Article 927 para. 7 PGR on the exercise of control rights by the representative of public law (upon request or ex officio) or of Article 929 para. 3 PGR, which provides that the supervisory court must also investigate alleged breaches of duty by the trustee also ex officio, e.g., on the basis of a report by a discretionary beneficiary or an auditing body (on Article 929 para. 3 PGR cf. also OGH Order 3 March 2017, 07 HG.2016.212 LES 2017, 66 = GE 2017, 141). Moreover, the settlor is free to also grant discretionary beneficiaries (comprehensive) rights to information and disclosure in the trust deed, which is particularly advisable if such rights are not granted to either an auditor or, for example, a protector. Corresponding control mechanisms appropriate to the individual ideas of the respective settlor usually are anchored in the trust deed. This can be done in a number of ways due to the flexible provisions of trust law.

right to follow the trust property (right to trace), according to which surrender of the trust property disposed of in this way may be demanded from the third-party purchaser, provided that the third party had knowledge that the object of sale belonged to the trust property. However, Article 932a Section 30 PGR, which according to the prevailing view is also applicable to trusts, excludes such right to trace if the third party had no knowledge of the object belonging to the trust property and it was acquired for a reasonable consideration (cf. bona fide purchaser for value).

IV. Trust assets and asset protection

A. Scope

- 10.29** Article 911 PGR provides that the trust assets, also called **trust property**, trust fund or trust res, include all assets (objects and rights) so designated by the settlor or by operation of the law, as well as all assets acquired by the administration of such property (additions) and replacements, regardless of whether it has been included in a schedule or an inventory or not. If a company is the subject of the trust, the trustee becomes the owner of the company or, in the case of a public company limited by shares (AG), its shareholder.
- 10.30** Where real estate or other **rights registered** in the land register or in other registers, e.g., the patent register, are the object of a trust, they must, in the absence of any provision to the contrary in the trust deed, be transferred to the name of the trustee. This may be done through reservation or notation of the trust in the land register or in other registers. This is the case, in particular, since the notation destroys the good faith of a third-party acquirer and thus the right to trace is not curtailed (Article 912 PGR). **Investment and use of the trust assets** are primarily determined by the settlor's intent as documented in the trust deed. Supplementary provisions are included in the Act. Several trustees are the joint owners of the trust assets pursuant to Article 911 para. 4 PGR in conj. w. Articles 31 et seqq. SR.

B. Creditor access to the trust assets – asset protection

1. Creditors of the trustee

10.31 Article 915 PGR provides that the trust assets are absolutely excluded from access by the **creditors of the trustee** under compulsory enforcement or insolvency proceedings. It is considered third-party property and must be separated from the trustee's assets. The trust property is then passed to the successor trustee designated in the trust deed. If no such designation has been made, the Princely Court of Justice may appoint a judicial trustee pursuant to Article 904 PGR (Article 915 para. 2 PGR). Where separation of the trust assets and the trustee's private assets is not possible for the duration of the compulsory enforcement or insolvency proceedings (e.g., if cash has been commingled), the compensation claim takes precedence over all other creditors (Article 915 para. 4 PGR). In this way, settlor and beneficiaries are protected in the best possible way in the event that insolvency proceedings are opened against the trustee. Creditors of the trustee can only be satisfied by way of execution in respect of any claims for compensation of the trustee against the trust assets pursuant to Article 920 para. 4 PGR (remuneration) (Article 915 para. 1 PGR).

2. Creditors of the settlor

10.32 According to Article 914 para. 1 PGR, the **creditors of the settlor** or the settlor's legal successors may assert a claim against the trust property only in the context of the provisions of the law of avoidance (Articles 64 et seqq. RSO, IPR provisions in Article 75 RSO) or – depending on the type of donation – pursuant to the provisions of the law of succession (Section 785 ABGB and foreign law of succession pursuant to Article 29 IPRG) as well as the law on donations (Articles 65 RSO, as the case may be, Sections 947 et seqq. ABGB and foreign law pursuant to Article 41 IPRG). In this respect, reference can be made *mutatis mutandis* to the explanations in foundation law (with regard to creditor avoidance and imputed liability (which is permitted only with substantial restrictions), cf. 9.94, with regard to claims of forced heirs to supplement the compulsory portion, cf. 9.89).

3. Creditors of the beneficiary

10.33 Article 914 para. 2 provides that the **creditors of the beneficiary** may assert any claims against the trust property only to the extent that the beneficiary has claims against the trust property, i.e., where the beneficiary is not merely a discretionary beneficiary. Moreover, the trust deed must not include any provision regarding inalienability such as in the case of family foundations. In accordance with Article 552 Section 36 PGR, the settlor thus can determine that the trust's beneficial interest obtained without remuneration by specifically designated third-party beneficiaries and prospective third-party beneficiaries (i.e., not the settlor themselves) may not be withdrawn by their creditors either by way of security or satisfaction and also not by way of insolvency proceedings (enforcement privilege). It is, however, uncertain whether a foreign court would adhere to such a provision in the trust deed.

4. Creditors of the trust assets

10.34 Pursuant to Article 916 PGR, the trustee is personally liable without limitation, jointly and severally with any co-trustees, for the debts of the trust property incurred by the trustee on behalf of the trust property to the extent that they cannot be met out of the trust assets. However, unless otherwise provided by the trust deed, the trustee has a right of recourse against the settlor and, under certain conditions, also against the beneficiaries. According to Article 916 para. 4 PGR, trust assets may be subject to insolvency proceedings. In such case the **creditors of the trust property** may, if they are not fully satisfied, claim compensation for loss from the trustee. However, the trustee is not liable if the third party is shown to have relied merely on the liability arising from the trust assets and not on any further liability. This is to be assumed, inter alia, if the trustee has informed the third party of their position as trustee and thus has not acted as an unlimited legal and beneficial owner of the assets. It thus is always advisable to refer to the status as trustee or to a contractual limitation of liability.

V. Trust supervision

10.35 Article 929 PGR provides that trusts entered in public registers are under the ongoing supervision of the Princely Court of Justice. However, such (ongoing) **supervision** does not apply

- in case of express family trusts;
- in case of exclusion of any supervision or if another entity in the trust deed is entrusted with it; and
- if supervision is ruled out by the court as not necessary.

10.36 The **Princely Court of Justice** is to keep a register (trust register) of the trusts subject to its supervision, and may from time to time at its discretion exercise control over the existence and administration of the trust assets. As a general rule, however, ongoing supervision by the Princely Court of Justice is excluded and, as the case may be, is delegated to another body, such as a protector.

10.37 However, Article 929 para. 3 PGR provides that even in the absence of ongoing supervision, co-trustees or beneficiaries, including discretionary beneficiaries¹⁹¹, may turn to the Princely Court of Justice if a trustee has failed to meet their obligations (selective supervision¹⁹²). This right cannot be taken away in the trust deed. Moreover, after hearing the parties concerned, the Princely Court of Justice may ex officio, and after prior warning, remove the trustee from office and, if necessary, order the appointment of another trustee. On application and where there are important grounds, the Princely Court of Justice may furthermore order an official audit. The result of such audit must be submitted to the court.

VI. Termination of the trust

10.38 Under Articles 906 et seqq. PGR, the trust primarily is terminated pursuant to the provisions of the trust deed and, in addition, if the trust assets are exhausted and not replaced. The trust deed usually provides for a certain period of time (trust

¹⁹¹ OGH Order 3 March 2017, 07 HG.2016.212 LES 2017, 66 = GE 2017, 141.

¹⁹² OGH Order 14 June 2007, 10 HG.2003.17 LES 2008, 82.

period) for the existence of the trust, combined with the right of the trustee to shorten or extend this period. The **rule against perpetuities** applies in many countries of the Anglo-American legal sphere. It limits the duration of a trust by law and declares dispositions null and void beyond the perpetuity period (e.g., 21 years after the death of a particular person living at the time of the formation of the trust deed). However, as this does not apply to Liechtenstein trusts, trusts may also be established for an unlimited period of time. The trust deed must also regulate the use of the trust assets in the event of termination of the trust (ultimate beneficiary).

10.39 In the absence of such provisions or if the ultimate beneficiaries have ceased to exist, Article 906 para. 4 PGR provides that a **resulting trust** be created in favor of the settlor or their heirs. If there are no such persons, the assets fall to the beneficiaries entitled to a claim and, if there are no such beneficiaries either, to a foundation whose purpose is as similar as possible to that of the trust. The Office of Justice must be notified of the termination of a trust. At any rate, pursuant to Article 906 para. 2 in conj. w. Article 552 Section 39 PGR, a trust may be dissolved by order of the Princely Court of Justice if the purpose of the trust has been achieved or is no longer achievable (e.g., due to the discontinuation of the intended beneficiaries or due to the non-occurrence of certain events) and the trustee fails to terminate the trust. In addition, cancellation proceedings may be initiated on grounds of the trust's purposes being unlawful, immoral, or constituting a danger to the State.

10.40 According to Article 910 para. 5 in conj. w. Article 932a Section 17 para. 2 no. 2 PGR, unless otherwise indicated by the trust deed, the trust is also canceled by the assent of all trustees as well as the beneficiaries and any prospective beneficiaries and if, pursuant to the trust deed, the beneficial interest has been acquired without valuable consideration, also with the assent of the settlor or the settlor's heirs, which may, on important grounds, be replaced by order of the Princely Court of

Justice¹⁹³. This provision is stricter than the Saunders-v-Vautier rule applicable in English law, which states that the consent of all adult beneficiaries is sufficient.

- 10.41** Trusts established by last will and testament may be revoked by the settlor until death in accordance with the provisions of the law of succession. Rescission of the trust deed by the settlor or **revocation** of a trust otherwise is admissible only if the trust deed has expressly reserved such a right (Article 907 PGR). If this is not the case, the trust is irrevocable and may be revoked by the settlor or possibly by third parties only pursuant to the provisions on defects of intent at the conclusion of the contract (Sections 869 et seqq. ABGB) or under the provisions of the law of succession (Section 785 ABGB and foreign law of succession pursuant to Article 29 IPRG), the law on donations (Article 65 RSO), possibly Sections 947 et seqq. ABGB and foreign law pursuant to Article 41 IPRG) and the law of avoidance (Articles 64 et seqq. RSO, IPR provisions in Article 75 RSO). Upon rescission and revocation, assets revert to the settlor, unless provided otherwise. Unless otherwise indicated by the trust deed, death, incapacity to act or insolvency of the settlor do not cancel the trust (Article 907 para. 4 PGR).
- 10.42** If the trustee resigns, dies or becomes incapable to act, the trustee is substituted by the successor appointed in the trust deed (Articles 908 et seq. PGR). This does not affect the existence of the trust. If the trustee is unable or unwilling to take up office, a substitute trustee must be appointed by the court in accordance with the provisions of the trust deed or, in the absence of such provisions, in accordance with Article 904 PGR. The trust does not cease to exist even if insolvency proceedings have been opened in respect of the trustee's assets. However, under certain circumstances, the insolvent trustee will be dismissed (Article 909 para. 5 PGR).

¹⁹³ Conversely, based on Article 932a Section 5 para. 4 PGR and due to systematic reasons, if the provisions of the Act on Trust Enterprises (Treuunternehmensgesetz, TrUG) are applied additionally, then under Article 910 para. 5 PGR, the Princely Court of Justice has jurisdiction for the trust in non-contentious proceedings instead of the Office of Justice.

VII. International trust law

- 10.43** Article 930 PGR provides that the trust is governed by the law of the state specified in the trust deed (situs, forum of administration). If no express choice of law has been made, the law of the state in which the trustee or the majority of the co-trustees have their habitual abode or registered office is primarily applicable. The law of the state in which the trust is effectively administered applies on a supplemental basis. According to Article 931 PGR, Liechtenstein generally also permits the formation of trusts under foreign law and their **transfer** to Liechtenstein. Such trusts are also Liechtenstein trusts with a Liechtenstein place of administration. The foreign law declared applicable governs the relationship between settlor, trustee and beneficiaries, and the applicable provisions of the foreign law must be included in detail in the trust deed. However, Liechtenstein law is mandatory for the trust's relationship with third parties. In case of a trust under foreign law, any disputes between settlor, trustee and beneficiaries must be submitted to arbitration.
- 10.44** On 1 April 2006 the Hague Convention on the Law Applicable to Trusts and on their Recognition of 1 July 1985 entered into force for Liechtenstein. A ratification table and Explanatory Notes to the Hague Trust Convention (HTC) are available on the website of the Hague Conference on Private International Law¹⁹⁴. The Convention does not contain substantive trust law, but only regulates the law applicable to trusts and the recognition of trusts. Articles 6 et seq. HTC provide for a choice of law. Otherwise, the law of the closest connection is applied. Trusts meeting the definition laid down in the Convention, which is the case with Liechtenstein trusts, constitute a separate fund of the trustee. The HTC has not entailed any changes in Liechtenstein domestic law. The reason why the Convention still has significance for Liechtenstein is Article 21 HTC. It provides that any Contracting State may reserve the right to recognize only such foreign trusts, the validity of which is governed by the law of a Contracting State.

¹⁹⁴ www.hcch.net.

Sources

Baur, Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Haager Trustübereinkommen? *Jus & News* 2003, 263; *Biedermann*, Die Treuhänderschaft des liechtensteinischen Rechts, dargestellt an ihrem Vorbild, dem Trust des Common Law (1981); *Bösch*, Die liechtensteinische Treuhänderschaft zwischen Trust und Treuhand. Eine rechtsdogmatische und -vergleichende Untersuchung aufgrund der Weisungsbestimmung des Art 918 liecht. PGR (1995); *Bösch*, Trust und Fiduzia im liechtensteinischen Recht, *Jus & News* 1997, 12; *Bösch*, Bemerkungen zur Haftung des Treuhänders für falsche Angaben und zu anderen aktuellen Fragen des liechtensteinischen Treuhandrechts, *LJZ* 1999, 73; *Bösch*, Judikaturwende im liechtensteinischen Treuhandrecht. Eine Nachlese und ein Ausblick, *LJZ* 2000, 87; *Bösch*, Schweizerische Spuren im liechtensteinischen Treuhandrecht, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht* 2000/119, 175; *Bösch*, Liechtensteinische Trustrezeption und Anwendungsbereich der Bestimmungen über die Treuhänderschaft. Neue Erkenntnisse oder nur alter Wein in neuen Schläuchen? *LJZ* 2001, 42 und 73; *Bösch*, Richterlich missverstandene trust governance in Liechtenstein. Kritische Anmerkungen zu FL OG 12.03.2015 und FL StGH 2015/47, PSR 2016/44, 183; *Bösch*, Acht Antithesen zum obergerichtlichen Beschluss vom 03.03.2017, *LJZ* 2017, 23; *Gasser* (Ed.), *Liechtensteinisches Trustrecht. Praxishandbuch* (2020); *Good*, Das Protektorat im liechtensteinischen Stiftungs- und Treuhänderschaftsrecht (2018); *Matthews*, Die Gefahren der Über-Klassifikation im Trustrecht, *LJZ* 2001, 109; *Moosmann*, Der angelsächsische Trust und die liechtensteinische Treuhänderschaft unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlich Begünstigten. Eine rechtsvergleichende Studie mit Erkenntnissen für das Schweizer Treuhandrecht (1999); *Quaderer*, Die Rechtsstellung des Anwartschaftsberechtigten bei der liechtensteinischen Familienstiftung (1999); *Summer*, "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser". Die Auskunftsrechte von Begünstigten im liechtensteinischen Stiftungs- und Treuhandrecht, *LJZ* 2005, 36; *Wenaweser*, Zur Rezeptionsfrage der Treuhänderschaft und ihrem Anwendungsbereich nach liechtensteinischem Recht, *LJZ* 2001, 1; *Wenaweser*, Die bindende Weisung im englischen und liechtensteinischen Trustrecht (2001); *Wenaweser*, Ausgewählte Fragen zum liechtensteinischen Treuhänderschaftsrecht, *LJZ* 2005, 7; *Wenaweser*, Wealth Preservation Trusts in Liechtenstein. Selected Aspects of Law, in *Schurr* (Ed.), *Trust in the Principality of Liechtenstein and Similar Jurisdictions. Aspects of Wealth Protection, Beneficiaries' Rights and International Law* (2014) 59; *Wenaweser*, Liechtenstein, in *Kempster/McMillan/Meek* (Eds.), *International Trust Disputes*² (2020).

Was Marxer & Partner für Sie tun kann

Marxer & Partner Rechtsanwälte wurde 1925 gegründet. Die älteste und größte Anwaltskanzlei in Liechtenstein setzt sich aus rund 30 Juristen und 60 administrativen Fachkräften zusammen und bietet international tätigen Unternehmen und Privatpersonen umfassende juristische Beratung und Betreuung in sämtlichen Rechtsbereichen.

Schwerpunkte unserer Tätigkeit sind das Stiftungs-, Gesellschafts- und Steuerrecht. Wir betreuen Sie gerne umfassend und stehen Ihnen als Gutachter sowie als Schiedsrichter oder als Rechtsvertreter zur Verfügung. Unsere Juristen korrespondieren in zahlreichen Sprachen. Auch bei komplexen Familien- und Vermögenskonstellationen mit verschiedenen involvierten Rechtsordnungen ist Marxer & Partner Rechtsanwälte Ihr idealer Partner.

Unsere über neunzigjährige Erfahrung und unser breites juristisches Fachwissen, verbunden mit einem über die Jahrzehnte aufgebauten Kooperationsnetzwerk mit führenden Anwaltskanzleien, Steuerberatern, Treuhändern, Vermögensverwaltern und Banken weltweit ermöglichen es uns, Sie in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen adäquat zu betreuen.

Marxer & Partner Rechtsanwälte ist das liechtensteinische Mitglied von Lex Mundi, einer weltweiten Vereinigung führender unabhängiger Anwaltskanzleien.

Wir stehen Ihnen jederzeit gerne für ein Gespräch zur Verfügung. Eine Liste unserer Partner und juristischen Mitarbeitenden samt biografischen Hinweisen finden Sie unter www.marxerpartner.com.

What Marxer & Partner Can Do for You

Marxer & Partner Rechtsanwälte was founded in 1925. The oldest and largest law firm in Liechtenstein consists of approximately 30 lawyers and 60 administrative professionals and offers international companies and individuals comprehensive legal advice and support in all areas of law.

Our activities focus mainly on foundation, trust, corporate, estate and tax law. We are frequently asked to give legal opinions, to represent principals before Liechtenstein courts and administrative authorities or to act as arbitrators. Our lawyers will correspond with you in many different languages.

We have decades of experience, especially in dealing with complex family and financial structures involving different legal systems.

Over time, we have built up a large cooperative network with leading law firms, accountants, trust companies, asset managers and banks worldwide.

Marxer & Partner Rechtsanwälte is the Liechtenstein member of Lex Mundi (www.lexmundi.com), a worldwide association of leading independent law firms.

We are very happy to give you a personal overview of our services. Please feel free to contact any of our lawyers.

For a list of our partners and associates, including biographical notes, see www.marxerpartner.com.

MARXER & PARTNER

RECHTSANWÄLTE

Marxer & Partner Rechtsanwälte

Heiligkreuz 6 • 9490 Vaduz • Liechtenstein

Tel. +423 235 8181 • Fax +423 235 8282

info@marxerpartner.com • www.marxerpartner.com